



Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow
Amtliche Zeitung des preussischen Landkreises Teltow

Das Teltower Kreisblatt erscheint wöchentlich. Bezugspreis monatlich RM. 1,80; durch Boten ins Haus gebracht RM. 1,85; durch die Post zugestellt RM. 1,90. — Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, Briefträger und unsere Lebensstellen im Kreise Teltow. — Anzeigen lt. aufstehender Preisliste 17. — Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lühnowstr. 87. — Fernruf: B 2 Lühnow 0671. — Zahlungen: Volksbank Berlin Nr. 249 19. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Sparkasse des Kreises Teltow - G., Berlin W 35. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

Zwischen Berlin und London

Der englische Politiker Conwell-Evans über außenpolitische Fragen

Die sowjetrussische Gefahr

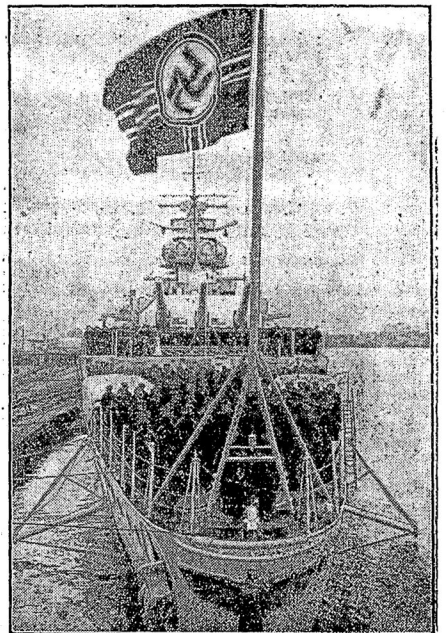
London, 8. Januar.

In der Zeitschrift „The Nineteenth Century and after“ veröffentlicht der bekannte englische Politiker L. P. Conwell-Evans unter der Überschrift „Zwischen Berlin und London“ einen umfangreichen Artikel, der sich eingehend mit außenpolitischen Fragen Deutschlands beschäftigt und einen umfassenden Überblick über die Lage gibt. Der Artikel hebt sich vollständig von den vielen geflügelten Meinungen der letzten Zeit durch seine Objektivität ab und zeichnet sich durch seinen Sinn für fair play aus. Conwell-Evans sagt, man müsse sich verstehen, in welchem Geist in Deutschland die Wiedererführung der allgemeinen Wehrpflicht vorgenommen worden sei. Deutschland habe Anspruch darauf, daß man ihr den gleichen Glauben zubillige, wenn es jetzt im Begriffe sei, die Gleichberechtigung zurückzugewinnen. Der Verfasser spricht sich hierauf über die Politik des Führers in der politischen Frage aus. Die Lage, die durch die deutsch-polnische Verständigung geschaffen worden sei, habe zur Folge, daß Rußland, Polen und Deutschland es sich heute zweimal überlegen würden, bevor sie zur Gewaltanwendung schreiten. Rußland nicht Europa sich beglückwünschen, wenn ein schwerer Streitgegenstand seiner unmittelbaren Sorge entzogen worden sei. Conwell-Evans weist hierauf auf die deutschen Bestrebungen hin, daß die Tschedow-Lawake ein strategischer Stützpunkt Rußlands werde, und auf die Erklärungen Dimitroffs in Moskau, der offen gesagt habe, das Hauptziel der Dritten Internationale — und damit der Sowjetregierung — sei die Vernichtung der Hitler-Regierung. So sei also die deutsche Wiederankunft als eine Sicherungsmaßnahme in einer gefährlichen Lage anzusehen, und nicht etwa als eine Vorbereitung künftiger Eroberungen in Ost-Europa.

würde vor dem Volke einen Krieg rechtfertigen können, der etwa geführt werden sollte, um die Verwirklichung dieses demokratischen Zieles zu verhindern. Frankreich müsse eines Tages erkennen, daß eine Zusammenarbeit mit England weit nützlicher sei, als ein Bündnis mit Rußland und als der Widerstand gegen die kulturelle Autonomie der deutschen Minderheit und gegen den österreichischen Wunsch nach Unabhängigkeit. Wenn Frankreich es aufrichtig damit meine, daß es nur Sicherheit wünsche, so dürfte der Augenblick für eine Erneuerung des Locarno-Paktes gekommen sein. Dies wäre geeignet, die französische Furcht vor Deutschland zu beseitigen.

Auf die Frage der Kolonien eingehend, meint Conwell-Evans, daß es sicher sei, daß Deutschland um eines Friedens in Afrika willen keinen Krieg mit England führen wolle. Das beweise das Flottenabkommen. Es sei deutlich, daß Deutschland kein großes Reich in Uebersee erstrebe. Um so mehr sei England verpflichtet, den deutschen Wünschen entgegenzukommen. Deutschlands Bestrebungen seien durchaus vernünftig. Deutschland wünsche bei der Beratung wichtiger Ereignisse mit dabei zu sein und seinen Teil zu Initiativen beizutragen. Eine gemeinsame Anbahnung von Fragen sei überaus wichtig. Deutschland, Frankreich und England sollten es sich zur Gewohnheit machen, über alle sie gemeinsam berührenden Fragen sich gemeinsam zu beraten. Die Bedingungen müßten wieder geschaffen werden, um die von Hitler in seiner Rede vom 21. Mai vorigen Jahres vorgeschlagenen Wünsche auf Abschaffung der schweren Artillerie, der Tanks und des Bombenabwurfs auf die Zivilbevölkerung wieder in Rechnung stellen zu können.

Es sei erfreulich, daß die englische Regierung die Gelegenheit nicht habe vorübergehen lassen, auf ein Angebot einer Rüstungsbegrenzung zur See einzugehen. Das deutsch-englische Flottenabkommen habe die einzige Ursache für einen Konflikt zwischen beiden Ländern beseitigt. Neuerdings erkennen auch die Franzosen den Wert dieses Abkommens an. Der Vertrag ermögliche eine allgemeine Rüstungsbegrenzung zur See. Sir Samuel Hoare und Herr v. Ribbentrop hätten in der Tat den Grundstein für ein allgemeines Friedensgebäude gelegt. Conwell-Evans hofft, daß die britische Regierung auch andere Veränderungen mit Erfolg herbeiführen werde, die schließlich zur Befriedung Europas führen würden.



Die Indienststellung des Banzergeschiffes „Admiral Graf Spee“.

Die Mannschaft ist angetreten, um die Ansprache des Kommandanten, Kapitäns zur See Bagtz, zu hören. (Weltbild.)

Schwere Streikunruhen in Buenos Aires

Buenos Aires, 8. Januar.

Zur Unterstützung des bereits zwei Monate andauernden Bergarbeiterstreiks war am Dienstag früh in Buenos Aires ein 24stündiger Generalstreik ausgerufen worden. Dieser Streik hat im Laufe des Tages eine Entwicklung genommen, die auf eine Einmischung trüber Elemente schließen läßt. Verhältnismäßig kam es zu Schieberien, bei denen, soweit bisher bekannt geworden ist, drei Polizeibeamte und zwei Zivilisten getötet sowie zahlreiche Personen verwundet wurden.

In einigen Gegenden am Rande der Stadt Buenos Aires übten die Streikenden eine Gewaltthat aus, so daß die Polizei Maßnahmen ergreifen mußte. In anderen Stadtteilen ruhte jeder Verkehr; die Läden wurden teilweise gewaltsam geschlossen, so im Stadtteil Flores u. a. viele jüdische Geschäfte. Zwei Eisenbahngesellschaften mußten den Verkehr sehr stark einschränken und streifenweise gänzlich einstellen, da das Personal streikte oder an einer Stelle die Schienen aufrollte, während an anderen Orten Eisenbahnwagen in Brand gesteckt wurden. Ein nach Buenos Aires fahrender internationaler Zug mußte auf einer Vorortstation angehalten werden. In den Vororten von Buenos Aires wurden zahlreiche Dornbüsche, einige Straßenbahnwagen sowie viele andere Fahrzeuge, darunter Lastkraftwagen, umgestürzt und verbrannt. In einer Stelle wurde auch eine Bombe geworfen. Im Innern der Stadt herrschte dagegen völlige Ruhe bei starker Verkehrsbeschränkung und teilweisem Geschäftsstillstand. So beurlaubten die meisten Banken ihre Angestellten kurz nach Mittag. Gegen Abend nahm der Verkehr in der Innenstadt wieder zu. Soweit bisher bekannt, wurden 150 bis 200 Personen verhaftet, darunter sogenannte Arbeiterführer mit meist ausländischen stillen Namen.

Völkerbundsschritt der internationalen Kirchen gegen den Bolschewismus

Rotterdam, 8. Januar.

Der internationale Bund der Kirchen zur Verteidigung gegen den Bolschewismus auf moralischem und religiösem Gebiet veranstaltete am Dienstag in Rotterdam unter der Leitung von Pater Dr. Rozp eine kurz besetzte Kundgebung gegen die kommunistischen Kirchengemeinschaften, der auch mehrere diplomatische Vertreter bewohnten. Die einzelnen Redner legten eingehend die bolschewistische Gefahr für die ganze Welt dar. Sie entwickelten in religiöser Sprache ein bitteres Bild der heutigen Zustände in Sowjetrußland. Besonders die erschütternden Schilderungen der unmenschlichen Mittel, mit denen man in Sowjetrußland die Paster „liquidiert“, riefen auf höchstes Mitleid, wie auch die Schilderung über die Schändung der Kirchen allgemein höchste Beachtung fand.

Als Ergebnis der Kundgebung wird am Mittwoch eine Denkschrift dem Völkerbundsekretär in Venedig zugestellt. Darin wird unter Aufzählung zahlloser Beispiele aus der Presse über den Kampf der Bolschewisten gegen die Kirche und unter Darlegung vieler Fälle von unmenschlichen Vorkommnissen, denen Geistliche unter-

worfen wurden, die sofortige Beseitigung der von den bolschewistischen Machthabern auf kirchlichem Gebiet geschaffenen Zustände gefordert. Weiter heißt es in der Denkschrift: Solange die Sowjetunion nicht dem Völkerbund angehört, antwortete man auf unsere vielfältigen Gesuche, daß der Hohe Rat sich nicht mit einer Angelegenheit befassen könne, die außerhalb seiner Gerichtsbarkeit liegt. Seit aber handelt es sich um eine dem Völkerbund angehörende Macht, gegen die sich unsere Klagen richten. Lassen wir die Drohung der Weltrepublik bestehen, die nach wie vor bestehen bleibt, übergehen wir die Arbeitsbedingungen, die kaum abzuwenden von denen, die die offen angemessene Sklaverei anderswo geschaffen hat, bleiben wir auf dem Gebiete der Gewissensfreiheit und des Stilles, das besonders zum Gebiet der Kirche gehört; Wir sehen nicht, was sich beim Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund geändert hat.

Die Denkschrift schließt: Wir wissen, daß nur ein Mitglied des Völkerbundes unsere Beschwerden auf die Tagesordnung des Hohen Rates setzen kann, aber wir hoffen, daß sich unter den Vertretern der Völkerbundsstellen, denen ihr Ruf nicht gleichgültig ist, wenigstens einer befindet, der sich zum Wortführer der aufs höchste beunruhigten Kirchen macht.